

Katholiken jedem Vorschlag gegenüber, die katholischen Schulen in den staatlichen Bereich zu übernehmen, wie auch die tiefverankerten protestantischen Ängste hinsichtlich der sie benachteiligenden Auswirkungen der katholischen Ehegesetze. Bezeichnenderweise sah sich selbst der irische Außenminister *Garret Fitzgerald* genötigt, in einer Ansprache auf der internationalen Konsultation über Mischehen in Dublin (2.—6. September 1974) die Frage aufzuwerfen, „ob die tiefe und für viele Menschen schicksalhafte Spaltung der Gemeinschaft in Nordirland und die gegenseitige Antipathie der katholischen und protestantischen Schichten dieser Gemeinschaft nicht zu einem gewissen Grade der vergangenen und gegenwärtigen kirchlichen Gesetzgebung über Mischehen zuzuschreiben ist und ob, wenn das stimmt, das in der Weise geschaffene Problem nicht eines ist, mit dem die Theologie sich beschäftigen muß“. Auf dem dritten „Gipfeltreffen“ der katholischen und protestantischen Kirchenvertreter im April 1975 in Dundalk an der irischen Grenze kam es allerdings noch nicht zu der erhofften Regelung der gesetzlich leicht regelbaren Mischehenfrage. Doch die Einsetzung eines ständigen Ausschusses zur jährlichen Untersuchung des Mischehentrends befähigt die Protestanten wenigstens, den Fuß im Spalt der Tür zu halten, die weiter zu öffnen die katholische Hierarchie Irlands sich noch weigert.

R. H.

Katholiken Kambodschas und Südvietsams unter neuen Bedingungen

Seit dem Fall von Phnom Penh am 17. und der Kapitulation Saigons am 30. April 1975 sind die Informationen über die Situation der Kirche in Kambodscha und Südvietsam äußerst spärlich geworden. Dennoch hat sich bisher schon gezeigt, daß die fast ausschließliche Rekrutierung des kirchlichen Personals aus ausländischen Kräften praktisch das vorläufige Ende der Kirche in Kambodscha vorprogrammierte, während die überwiegend einheimischen Priester und Ordensleute in Südvietsam sich gerade jetzt als besonders wertvoll erweisen. Trotz des zeitlichen Zusammenfalls der Machtübernahme in beiden Ländern wird immer deutlicher, daß die zukünftige politische Ausrichtung dieser Nachbarn völlig verschieden sein wird. Besonders im innenpolitischen Kurs und damit in der Haltung auch gegenüber den Religionsgemeinschaften lassen sich bereits jetzt klare Unterschiede erkennen.

Schon kurz nach der Einnahme Phnom Penhs erhielten alle ausländischen Missionare den Befehl, Kambodscha zu verlassen. Mittlerweile befindet sich

kein Missionar mehr im Lande. Nachdem sie in zwei Konvois zusammen mit anderen Ausländern über die Grenze nach Thailand abgeschoben worden waren, ließ sich aus ihren Aussagen ein klareres Bild der Lage der Kirche Ende April ermitteln (vgl. *Fides*, 28. 5. 75, *NCNS*, 29. 5. 75). Danach müssen auch einige der Daten korrigiert werden, die bisher von kirchlichen Stellen außerhalb Kambodschas für gültig gehalten wurden (vgl. *HK*, Mai 1975, 217 ff.).

Exodus einer Rumpfkirche

19 Karmelitinnen, mehrere von ihnen alt und krank, waren noch kurz vor dem 17. April nach Bangkok evakuiert worden. In der Apostolischen Präfektur Kompong Chan im Osten des Landes befand sich bereits seit März, seitdem der Apostolische Präfekt, *André Lesouëf*, nach Phnom Penh gezogen war, kein kirchliches Personal mehr. In der Apostolischen Präfektur Battambang im Nordwesten wirkten bis zum Schluß der Apostolische Präfekt, *Tép-*

Im Sotha Samath (ein Khmer) sowie ein Benediktinerpater und eine kambodschanische und vier vietnamesische Schwestern. Der Apostolische Präfekt konnte zuletzt am 20. April in einer Pfarrkirche noch die Messe lesen, mußte jedoch am 25. April — vermutlich an der Spitze einer Gruppe von Katholiken — die Stadt verlassen und sich dem allgemein befohlenen Marsch aufs Land in eine ungewisse Zukunft anschließen. Weder von ihm noch den anderen kambodschanischen Katholiken hat man seitdem etwas gehört.

Bis zum Machtwechsel hielten sich die meisten Priester, Patres und Schwestern in der bis dahin noch nicht vom Roten Khmer kontrollierten Hauptstadt auf. Der am 6. April von Papst *Paul VI.* ernannte Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge des Apostolischen Vikars von Phnom Penh, Bischof *Yves Ramousse*, der 37jährige Khmer-Priester *Joseph Chhmar Salas*, empfing noch am 14. April in der Pfarrkirche Preah Meada in Phnom Penh von Bischof *Ramousse* die Bischofsweihe. Priester und Schwestern, die in der Stadt waren, sowie rund 250 Gläubige nahmen an der Zeremonie teil. Um die kambodschanischen Katholiken nicht zusätzlich zu gefährden, trennten sich unmittelbar nach der Weihe die ausländischen und einheimischen Priester. Bischof *Salas* zog mit zwei Khmer-Priestern in die Pfarrei Preah Meada, die ungefähr 2500 Katholiken zählte. Die französischen Priester und Benediktinerpatres fanden im Haus von Bischof *Ramousse* und im Priesterseminar Unterkunft, in dem sich einige Seminaristen aufhielten. Doch bereits am Abend des 17. bzw. am Morgen des 18. April wurden alle einheimischen Katholiken mit dem neuen Bischof an der Spitze gezwungen, in verschiedenen Marschgruppen die Hauptstadt mit unbekanntem Ziel zu verlassen. Insgesamt bestand das französische Personal der Kirche Kambodschas zu diesem Zeitpunkt aus einem Bischof, zwölf Priestern und vier Schwestern. Einheimische Kräfte waren ein Bischof, vier Priester (einer von ihnen der Apostolische Präfekt von Battambang und einer ein Benediktinerpater), zwei Be-

nediktinerbrüder und 22 Schwestern (davon 15 Vietnamesinnen). Nur diese stehen der kleinen Schar von Katholiken jetzt noch zur Verfügung. Die Zukunft der wenigen verbliebenen Katholiken ist ebenso ungewiß wie das Schicksal des gesamten Volkes. In einer bisher nicht gekannten Radikalität scheint sich in Kambodscha eine Entwicklung in Richtung *agrarkommunistische Gesellschaft* anzubahnen, in der alle westlichen Einflüsse ausgeschaltet und alle Unterschiede zwischen Stadt und Land zugunsten einer einheimischen Landkultur eingeebnet werden sollen. Die Zwangsaustreibungen aller Stadtbewohner, von der auch nicht Alte und Schwerkranke ausgenommen waren und die viele nicht überlebten, markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des Landes. Immerhin kam diese Maßnahme so überraschend, daß selbst der noch immer in Peking im Exil lebende Prinz *Norodom Sihanouk* erste Berichte über den befohlenen Exodus als westliche Greuelpropaganda abtun wollte. Eine interessante Feststellung, deren Bedeutung aber ebenfalls schwer zu erkennen ist, bleibt, daß sowohl in Battambang als auch in Phnom Penh die meisten Katholiken in geschlossenen Formationen aus der Stadt herausgeführt worden sind.

Vorsichtiges Taktieren in Südvietnam

In Südvietnam sieht die Szenerie anders aus. Wenn auch Kambodscha und Südvietnam betonen, bei aller gesellschaftlichen Veränderung wollten sie in erster Linie frei von Fremdeinflüssen und unabhängig bleiben, so läßt sich aufgrund der Unterstützung in der Vergangenheit nicht verhindern, daß in Kambodscha die Chinesen und in Südvietnam die Russen bevorzugt werden. Somit scheint hier der sowjetisch-chinesische Konflikt weitergeführt zu werden. Die auch in Südvietnam bisher nur provisorisch regierenden politischen Gremien widmen sich zunächst in erster Linie den Hauptproblemen wie Rückführung der Flüchtlinge, Bekämpfung des Hungers und Beseitigung der großen Arbeitslosigkeit sowie

der politisch-ideologischen Umschulung besonders früherer Kader in Armee und Verwaltung. Außerdem hat man mit der Säuberung von Buchhandlungen und Vernichtung „dekadenter Literatur“ begonnen.

Offizielle Richtlinien für die Behandlung der Religionsgemeinschaften und für deren Spielraum scheint es noch nicht zu geben. Gültig ist lediglich die programmatische Aussage von General *Tran Van Tra* vom Militärverwaltungs-Komitee in Saigon, „alle vietnamesischen Bürger sollten ohne Ansehen der Rasse, der Religion oder politischen Konzeption am nationalen Wiederaufbau nach dreißigjährigem Krieg teilnehmen“ (vgl. *Le Monde*, 8. 5. 75). Die Verpflichtung zur Teilnahme an sog. „Reformkursen“ (sprich Umschulung) wurde bisher nicht auf kirchliches Personal oder die Katholiken als Religionsgemeinschaft ausgedehnt (NZZ, 12. 6. 75). Vorläufig scheint man sich gegenüber diesen 10% der Bevölkerung abwartend zu verhalten, vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil — wie mittlerweile unverhohlen zugegeben wird — immerhin die organisierte Opposition der Katholiken Südvietnams gegen Präsident *Van Thieu* mit den Ausschlag für die vorzeitige Großoffensive gegeben hat.

Der augenblickliche Schwebestand und die Ungewißheit, wie es weitergehen wird, haben allerdings bereits jetzt dazu geführt, daß alte und neue Polarisierungen innerhalb der Kirche aufbrechen und alle Schattierungen zwischen pro-kommunistischem Pragmatismus und ängstlicher Zurückhaltung sichtbar werden.

Die ersten Aufrufe des Erzbischofs von Hué, *Philippe Nguyen Kim Dien*, und des Erzbischofs *Nguyen Van Binh* von Saigon zur Zusammenarbeit, nationalen Versöhnung und zum Wiederaufbau (vgl. *HK*, Juni 1975, 311) fanden zwar große Beachtung, hatten aber bisher nur wenig konkrete Ergebnisse oder offizielle Kontakte zwischen der Hierarchie und den neuen Machthabern zur Folge.

Im Gegensatz zu den Bischöfen scheint sich die Mehrzahl der Katholiken resignierend auf eine Kirche des Schwei-

gens und des Martyrertums einzustellen. Daraus läßt sich immer mehr der Schluß ziehen, daß sich die Kirche Südvietnams trotz der sich schon längere Zeit abzeichnenden Entwicklung nicht genügend auf ein Leben unter kommunistischen Vorzeichen vorbereitet hat.

Das spektakulärste, jedoch anscheinend nicht typischste Ereignis war bis jetzt die Ausweisung des Apostolischen Delegaten für Vietnam und Kambodscha, Erzbischof *Henri Lemaître*. Zwar war es zuvor bereits zu einer Demonstration einer kleinen Gruppe von „Linkskatholiken“ vor dem Gebäude der päpstlichen Vertretung gekommen, bei der der aus Belgien stammende Erzbischof als „Lakai Thieus“ und „Handlanger der amerikanischen Imperialisten“ betitelt wurde, doch folgte die Ausweisung am 5. Juni überraschend. Anlaß des Vorgehens der ca. 30 Demonstranten war die Ernennung von *Nguyen Van Thuan* als Weihbischof von Saigon mit dem Recht der Nachfolge des Erzbischofs. Seine Ernennung durch Rom eine Woche nach der Kapitulation wurde nicht nur von den Demonstranten als Provokation oder zumindest unglückliche Entscheidung betrachtet, da der neue Bischof ein Neffe des früheren Präsidenten *Diem* und für seinen kämpferischen Anti-Kommunismus bekannt ist. Erzbischof *Lemaître* machte man verantwortlich für die Ernennung. So hieß es im Saigoner Rundfunk, er habe „seine religiöse Macht ausgenützt, um feindliche Akte gegen die Revolutionsregierung fortzusetzen“ (vgl. *Far Eastern Economic Review*, 20. 6. 75).

Bei der Demonstration hatten Soldaten durch Warnschüsse eine Stürmung des Gebäudes verhindert (*Le Monde*, 21. 5. 75). Allerdings war die Stellung *Lemaître*s dadurch schwierig geworden, daß zwischen dem Vatikan und Vietnam keine diplomatischen Beziehungen bestehen. Als Apostolischer Delegat vertrat er den Heiligen Stuhl nur gegenüber der Kirche des Landes. Da er nicht dem Diplomatischen Korps in Saigon angehörte, wurde er von der Regierung als Privatperson angesehen und ihm deshalb auch die Benutzung des Kurierdienstes und des Fernschreibers untersagt. Daraus erklärt sich

auch, daß Rom erst nach seiner Landung in Vientiane in Laos von seiner Ausweisung erfuhr (NCNS, 6. 6. 75).

Warnung vor einseitigen Schritten

Der Erzbischof von Saigon sprach von sehr unterschiedlichen Indizien für das voraussichtliche künftige Schicksal der Kirche. Gegenüber einem Korrespondenten von „Le Monde“ (7. 6. 75) erklärte er, es bleibe völlig offen, was die Zukunft bringe. Im Augenblick bestehe aber kein Grund zur Beunruhigung: „Die Freiheit des Kultes wird völlig respektiert. Es finden sich sogar Soldaten aus dem Norden zur Messe ein. Einige beichten. In den Straßen habe ich Soldaten gesehen, die ein kleines Kreuz unter der Uniform auf der Brust trugen.“ Dennoch konnte der Erzbischof seine Besorgnis und Enttäuschung nicht verhehlen, daß er seit dem Einmarsch der Truppen keine Gelegenheit hatte, mit irgendeinem Verantwortlichen zu sprechen. Nach einem ersten Gespräch mit Mitgliedern der Sektion Erziehung innerhalb des Militärkomitees sei ihm jedoch klar geworden, daß es z. B. keinen Platz mehr für katholische Schulen geben werde. Wichtig werde es deshalb sein, daß in den Kirchen weiterhin Religionsunterricht erteilt werden kann. Nach Auskunft des Erzbischofs ist die Situation der Katholiken in den einzelnen Diözesen sehr unterschiedlich. Im Mekong-Delta gebe es keine Probleme. Anlaß zur Sorge biete der ständige Hinweis, daß alle Macht vom Volke ausgehe: „Da gibt es die Risiken von Übertreibungen und Auswüchsen.“ Für den kirchlichen Bereich präziserte er diesen Vorbehalt mit dem Hinweis auf eine Handvoll „progressistischer Katholiken“, die unmittelbar nach dem Fall Saigons das Feld zu beherrschen versuchten, Deklarationen verteilten und Kontakte zu Journalisten aufnahmen. Einer ihrer Programmpunkte sei die Schaffung einer „autonomen Kirche“ in Vietnam gewesen. Wörtlich sagte der Erzbischof dazu: „Wir können das — auf jeden Fall ich kann das nicht akzeptieren. Eine autonome Kir-

che, das bedeutet schlicht und einfach Schisma.“ Im übrigen hängt ja auch der Episkopat im Norden vom Vatikan ab. Auf die Frage, ob der Vatikan irgendwelche Instruktionen gegeben habe, antwortete er ausweichend, der Standpunkt sei bekannt, man mische sich nicht in weltliche Angelegenheiten ein, was in den Augen der Kirche zähle, sei „die innere Freiheit“.

Mitarbeit unter Vorbehalt

Erste Äußerungen von zwei Repräsentanten der katholischen Protestbewegung gegen Mißstände unter dem Thieu-Regime sind charakteristisch für die Breite des Meinungsspektrums. Der Initiator der Antikorruptionsbewegung, der Redemptoristenpater *Tran Huu Thanh* (vgl. HK, Januar 1975, 26 ff.), berichtete über den Besuch eines Vietcong-Vertreters, der vor rund 400 Patres und Schwestern sprach. Er sei „voll guten Willens“ gewesen, habe jedoch den „Anti-Kommunismus“ von Pater *Tran Huu Thanh* bedauert (vgl. *Le Monde*, 7. 6. 75). In einer von ihm zusammengestellten Broschüre über die „Einstellung der vietnamesischen Katholiken zur neuen Situation“ spricht er von propagandistischem Mißbrauch der Vietnamesen durch Van Thieu und die Amerikaner und bedauert die zahlreichen Mitbürger, die das Land für immer verlassen haben. Die Mehrheit sei jedoch aus Liebe zum Vaterland geblieben: „Wir Katholiken zählen zu dieser Kategorie. Heute sehen wir uns mit einer Situation konfrontiert, die unser Leben umwälzt. Dieses politische Ereignis ist von den Menschen und auch von Gott gewollt worden — wir müssen es also akzeptieren.“ Drei Ereignisse seit dem 30. April böten Anlaß zur Freude: Kriegsende, Unabhängigkeit und Aussicht auf Einheit des Landes. Es gelte, die Wiedervereinigung und die soziale Revolution zu unterstützen, von der immerhin eine Reihe von Zielen dem „katholischen Ideal“ entsprächen. Er erhoffe sich, daß das neue Regime die verheerenden Unterschiede zwischen der Mehrheit der Armen und einigen wenigen Reichen beiseite und „Diebstahl, Korruption,

Glücksspiel, Alkoholismus und Hippie-Kultur“ beende (vgl. *Far Eastern Economic Review*, 6. 6. 75). Gleichzeitig warnt er aber davor, die Katholiken dürften bei aller notwendigen Zusammenarbeit die Religion nicht vergessen, sie müßten alles tun, um die Möglichkeit der freien Verkündigung zu erhalten: „Auch wir haben einen Slogan: Gott und das Vaterland . . . Das widerspricht sich nicht.“

Ein anderer Redemptoristenpater, *Chan Tin*, der Präsident des Aktionskomitees zur Besserung der Situation der politischen Gefangenen war, dagegen bringt seine Genugtuung über die neuen Machthaber („Nur die kommunistische Partei hat gesiegt“) jetzt offen und uneingeschränkt zum Ausdruck (vgl. *Le Monde*, 23. 5. 75). Allerdings scheint der Pater nachträglich in seiner früheren Tätigkeit desavouiert zu werden. Es fällt nämlich schwer, Beweise für seine bis zum Schluß aufrechterhaltene Behauptung zu finden, unter Van Thieu seien mehr als 200 000 politische Häftlinge festgehalten worden. Die von der kommunistischen Presse des Landes bisher veröffentlichten Berichte über die Öffnung der über das Land verstreuten Gefängnisse enthalten nur einen Bruchteil dieser Zahlenangaben. Und man kann wohl davon ausgehen, daß 1. mittlerweile alle Gefängnisse geöffnet sind und 2. sich die neuen Machthaber wohl kaum die Gelegenheit entgehen ließen, in aller Ausführlichkeit über die Entlassung einer so großen Zahl von politischen Häftlingen aus der Zeit vor dem 30. April zu berichten.

Von der ehemals viel beschworenen „Dritten Kraft“, die jetzt zusammen mit den Kommunisten die zweite Kraft darstellen könnte und für die sich gerade Vertreter der verschiedenen religiösen Gruppen stark gemacht haben, ist nur wenig die Rede. Zwar sollen einzelne Persönlichkeiten in untergeordneten Gremien berücksichtigt werden, doch dürfte dies mehr eine Geste sein. Die einstmals so radikalen Buddhisten der An-Quang-Pagode wollen sich jetzt, „nachdem Frieden, Unabhängigkeit und eine neue revo-

lutionäre demokratische Regierung“ vorhanden sind, nur noch ihrer religiösen Aufgabe widmen.

Erst in einigen Monaten wird man vermutlich ein genaues Bild von der Gesamtsituation der Kirche erhalten. Vorläufig ist abzuwarten, welchen

Freiheitsraum man der Kirche zugesteht und wie z. B. die 977 vietnamesischen Seminaristen, durch die die personellen Probleme der Kirche weitgehend gelöst werden könnten, behandelt werden. Die Föderation Asiatischer Bischofskonferenzen hat derzeit den Kontakt zu den Bischöfen Kam-

bodschas und Vietnams verloren. Für Laos wird ähnliches befürchtet. Soeben hat der Papst den Laoten *Thomas Nantha* zum Nachfolger des französischen Apostolischen Vikars von Vientiane, *Etienne Loosdregt*, ernannt. Das Bild der Kirche in Indochina ändert sich von Tag zu Tag. N. S.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Parallelen und Unterschiede

Reform der Ehescheidung in Frankreich

Die Regierung von Staatspräsident Giscard d'Estaing stand von Anbeginn unter dem Willen, die bedeutenden gesellschaftspolitischen Veränderungen des letzten Jahrzehnts gesetzgeberisch aufzuarbeiten und gewissen Forderungen der Zeitgenossen nach Reform der zwischenmenschlichen Beziehungen Rechnung zu tragen. Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1974 und in den ersten Monaten 1975 haben gewisse Punkte des Reformprogramms in den Hintergrund treten lassen. Während die Gesetze über den Vertrieb von empfängnisverhütenden Mitteln wie die Änderung des Abtreibungsstrafrechts im Jahre 1974 verabschiedet wurden, gelang es nicht, die Reform der Ehescheidung wie geplant Ende des vergangenen Jahres dem Parlament vorzulegen. Dieses Gesetz wurde nun am 4. Juni nach 27stündiger Diskussion von der Nationalversammlung mit 381 gegen 34 Stimmen angenommen. Wie zu erwarten, fand die Aussprache im Parlament in durchaus sachlicher Atmosphäre statt und wies vorübergehend sogar einige Höhepunkte in den Ausführungen der Volksvertreter auf. Justizminister *Jean Lecanuet* wollte immer schon einen umfassenden Konsensus erzielen und bemerkte: „Ein Gesetz, welches die Sitten betrifft, kann nur dann angenommen und erlebt werden, wenn es durch eine breite Majorität gestützt wird, die das gesamte Land repräsentiert.“ Bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß diesmal die eher konservative Regierungsmehrheit mit 200 Stimmen den Text akzeptierte, während das Projekt über die Schwangerschaftsunterbrechung nur 99 Stimmen von ihr erhielt. Die Opposition hat selbstverständlich das ihrige dazu beigetragen, um dem Vorschlag der Regierung zum Sieg zu verhelfen. 98 von 107 Sozialisten und linke Radikalsozialisten so-

wie 72 von 74 Kommunisten erklärten sich mit der Regierung konform. Lecanuet mußte mit der erbitterten Gegnerschaft des harten Kerns der Gaullisten rechnen, die von *Maurice Couve de Murville*, *Michel Debré* und *Pierre Messmer* angeführt wurden. Selbst diese Volksvertreter erklärten sich bereit, eine Reform der Ehegesetzgebung ins Auge zu fassen, wollten jedoch verschiedene Punkte des Regierungsentwurfes noch einmal zur Diskussion stellen. Immerhin gab es in den 5 Tagen 332 Zusatzanträge, von denen 97 angenommen wurden.

Der Gesetzesentwurf wurde nach leichten Modifikationen inzwischen auch vom Senat mit einer noch größeren Mehrheit gebilligt (211 Ja-, gegen 31 Neinstimmen bei 36 Enthaltungen). Trotz der nur geringfügigen Änderungen muß das Gesetz von der Nationalversammlung nochmals bestätigt werden.

Die Vorbereitung der Reform

Die bisherige Gesetzgebung stammt aus dem Jahre 1884. Im „Ancien Regime“ entsprach die französische Ehegesetzgebung dem kanonischen Recht. Eine legale Trennung dieser Union war undenkbar. Eine Scheidung wurde erstmalig während der Revolution gesetzlich verankert, in der Restauration aufgehoben und 1884 durch die „*Lex Naquet*“ wieder gestattet. Die Gesetzgeber des 19. Jahrhunderts gingen von der Überlegung aus, Gewaltanwendung zwischen Ehepartnern auszuschalten und ehebrecherischen Verhältnissen ein Ende zu setzen. Der unschuldige Ehepartner mußte nach diesem Gesetz seinem Gefährten eine schwere Eheverletzung nachweisen und einen Prozeß